

Kinderarmut? Agenda Soziale Gerechtigkeit!

Arme Kinder sind gegenüber ihren sozial abgesicherten AltersgenossInnen in einem einzigen Bereich im Vorteil: Bei Allergien. Sie sind einfach abgehärtet. In allen anderen Bereichen von Gesundheit, Bildung und Integration, bei Hunderten von Vergleichsdaten, sind sie gravierend und nachhaltig benachteiligt.

Armut raubt Lebenschancen. Betroffen sind vor allem die Kinder von Arbeitslosen und Geringverdienern, Alleinerziehenden und Migranten, also den materiell benachteiligten Gruppen. Die Lebenserwartung der ärmsten 10 Prozent der männlichen Bevölkerung ist zehn Jahre geringer als die der reichsten 10 Prozent!

Die Folgen der Kinderarmut betreffen nicht nur Versorgung und Konsumgüter, die für Gleichaltrige selbstverständlich sind, sondern sehr nachhaltig insbesondere Gesundheit und Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und soziale Integration, Lebenserwartung und die Lebens- und Beziehungsqualität in den Familien. Kinder sind arm, weil ihre Eltern arm und ausgeschlossen sind und in einer neoliberalen radikalen Marktordnung als sozial wertlos gelten. Also: Punktuelle materielle Verbesserungen für Kinder sind nötig, aber absolut unzureichend.

Die wachsende Kinderarmut ist der „Kollateralschaden“ des neoliberalen Umbaus in Staat und Gesellschaft, wie er sich in Agenda 2010 und Hartz IV, in Niedriglohn und dem Abbau sozialer Sicherung manifestiert hat.

Armut ist nicht Folge eines Mangels vorhandener Mittel, sondern ihrer ungerechten Verteilung. Nicht allein die Armut, sondern die gesellschaftliche Spaltung, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die Ungerechtigkeit führen zu Krankheit, Mangel an Bildung und an sozialer und persönlicher Integration.

Nicht die Eltern von kranken, ungebildeten, gewalttätigen Kindern und Jugendlichen haben versagt; die eigentliche Ursache ist eine Politik und Wirtschaft, die Armut erzeugt, Spaltung fördert und nicht Menschen dient, sondern der Profitmaximierung. Eine Politik und Wirtschaft, die systematisch zu Kinderarmut führt, ist asozial und widerspricht dem Grundgesetz Art 1, 2, 12 und 14.

Politisch bewirkte Kinderarmut ist strukturelle Gefährdung des Kindeswohls.

Deshalb fordert Attac Karlsruhe, Soziale Gerechtigkeit zum Staatsziel zu erklären:

- Maßnahmen, die Kinderarmut herbeiführen oder fördern, sind verboten; weiterhin auch solche, die die Kluft zwischen Armen und Reichen zu vergrößern geeignet sind.
- Es werden alle Maßnahmen ergriffen, die notwendig sind, um die Armut in den nächsten fünf Jahren zu halbieren.
- Unterschiede in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Integration, die durch die soziale Lage bedingt sind, darf es in zehn Jahren nicht mehr geben. Dieser Prozess wird jährlich überprüft und das Ergebnis veröffentlicht.
- Gesetzesänderungen, die in den letzten fünf Jahren nachweislich zu einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung beigetragen haben, sind im Sinne dieser Vorgaben zu ändern.
- Auf kommunaler Ebene sind Leitlinien für Chancengleichheit aller Kinder zu entwickeln und spätestens in zwei Jahren in Kraft zu setzen.